

12 MILLIONEN – KEIN PROBLEM

NACHHALTIGE BEVÖLKERUNGS- ENTWICKLUNG FÜR DIE SCHWEIZ

Erika Häusermann

Im Juni 1992 hat in Rio de Janeiro die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) stattgefunden. Die teilnehmenden Länder unterzeichneten drei völkerrechtlich nicht bindende Hauptabkommen (Agenda 21, Erklärung von Rio, Waldgrundsatzklärung) und zwei rechtlich bindende Konventionen (Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen, Übereinkommen über die biologische Vielfalt).

Mit der «Agenda 21» der UNCED verpflichteten sich die teilnehmenden Staaten (wozu auch die Schweiz zählte), auf nationaler und internationaler Ebene Massnahmen für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung auszuarbeiten und umzusetzen. Laut Bericht **«sollten einzelstaatliche bevölkerungspolitische Ziele und Programme aufgestellt und umgesetzt werden, die der auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Umwelt- und Entwicklungsplanung des Landes entsprechen.»**

Das **Übereinkommen über die biologische Vielfalt** soll dafür sorgen, dass diese langfristig nicht weiter gefährdet wird. Die Biodiversitätskon-



Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider hat «kein Problem mit einer 12-Millionen Schweiz». Kein Wunder, im Jura ist die Bevölkerungsdichte auch 10x tiefer als im Kanton Zürich. Siehe Grafik Seite 5.

vention, wie sie auch genannt wird, trat für die Schweiz am 19. Februar 1995 in Kraft.

2015 hat sich die Schweiz in der «Agenda 2030» u.a. dazu verpflichtet: **«Umgehende und bedeutende Massnahmen zu ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern, dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende zu setzen und bis 2020 die bedrohten Arten zu schützen und ihr Aussterben zu verhindern.»**

Die Schweiz hat sich verpflichtet, dass die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung nicht auf Kosten der Umwelt erfolgt.

E D I T O R I A L

**LIEBE MITGLIEDER, GÖNNERINNEN
UND GÖNNER VON ECOPOP**

Ein ereignisreiches Jahr geht zu Ende. Im 2023 ist die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz um geschätzte 148'000 Menschen gewachsen.

Das ist eine absolute Rekordwert. Wüest und Partner spricht von einem Geburtenüberschuss von 8'000, einer Wirtschaftsbedingten Zuwanderung von 92'000 und schliesslich zählen neu noch 48'000 Menschen aus der Ukraine dazu. Überall herrscht Fachkräftemangel, welcher wohl gerade durch das hohe Bevölkerungswachstum getrieben wird. Und die Wirtschaft fordert weiteres Bevölkerungswachstum, um diesen Fachkräftemangel zu bekämpfen. Nachhaltigkeit sieht anders aus. Die negativen Effekte werden langsam sichtbar, sinkendes Niveau bei Schulabgängern, Wohnungsnot und steigende Mieten, überfüllte Strassen u.s.w. – ECOPOP ist noch immer die einzige Umweltorganisation, die sich gegen dieses hohe Bevölkerungswachstum wehrt. Unser Engagement muss weiter gehen! Dazu suchen wir Mitglieder, die sich gerne zwischendurch aktiv an unserer Arbeit beteiligen würden. Für unsere Vorstandsarbeit suchen wir ebenfalls dringendst aktive Mitglieder. Melden Sie Sich, wenn Sie daran interessiert sind. Andreas Thommen gibt Ihnen gerne weitere Auskunft dazu.

Wir vom ECOPOP Vorstand wünschen Ihnen allen nun frohe Festtage und alles Gute für's neue Jahr. Wir bedanken uns für Ihre Treue - MERCI!

Freundliche Grüsse
Roland Schmutz, Präsident ECOPOP

I M P R E S S U M

Präsident: Roland Schmutz, Epsach, BE
Redaktion: Andreas Thommen,
Adresse: ECOPOP Sekretariat, Postfach 14, 5078 Effingen
Mobile: 079 534 17 62
E-Mail: sekretariat@ecopop.ch,
Spenden: Postkonto 30-35461-7

Patronatskomitee: Prof. Jürg A. HAUSER, Weggis | Dr. med. Roland MATTER, Basel | Walter PALMERS, Sursee | Prof. Manfred REHBINDER, Zürich | Dr. Philippe ROCH, Russin | Prof. Peter SCHIESS, Basel | Prof. Dieter STEINER, Zürich | Prof. Axel MEYER, Konstanz | Prof. Paul EHRlich, Stanford, USA.

WO STEHEN WIR HEUTE?

Nun sind seit dem Entschluss in Rio bereits mehr als 30 Jahre vergangen. Die Schweiz hat sich verpflichtet, dass die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung nicht auf Kosten der Umwelt erfolgt. Weder in der Strategie «Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz» von 2002 (Umsetzung der Agenda 21) noch in der «Strategie nachhaltige Entwicklung 2030» hat der Bundesrat Massnahmen für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung ausgearbeitet und umgesetzt.

Der Bundesrat, die Verwaltung und das eidgenössische Parlament haben die wichtigen bevölkerungspolitischen Forderungen der Agenda 21 «Bevölkerungsdynamik und nachhaltige Entwicklung» bis dato ignoriert.

**ZUSTAND DER BIODIVERSITÄT
IN DER SCHWEIZ**

Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) sagt 2023 deutlich, wo Probleme sind: «Die Biodiversität in der Schweiz steht unter Druck, was die langfristige Bereitstellung der Ökosystemleistungen erschwert. Fläche, Qualität und Vernetzung vieler ökologisch wertvoller Lebensräume nehmen seit Jahrzehnten stark ab. Hauptursache für den starken Rückgang der Biodiversität in der Schweiz ist die starke Beanspruchung der natürlichen Ressourcen».

Weiter schreibt das BAFU: «Der Zustand der Biodiversität in der Schweiz ist unbefriedigend. Die Hälfte der Lebensräume und ein Drittel der Arten sind bedroht. Mit dem Rückgang der Artenvielfalt geht auch die genetische Vielfalt verloren. Die Verluste halten auf allen Ebenen der Biodiversität an.»



DAS BUNDESAMT FÜR UMWELT (BAFU) SCHREIBT:

«Der Verlust an Lebensräumen und Artenvielfalt sowie die Verschlechterung der Lebensraumqualität konnte nicht gestoppt werden. Der markante Rückgang der Biodiversität gefährdet die Wohlfahrt der Schweiz.»

«Der ungenügende Zustand zeigt sich auf allen Ebenen der Biodiversität: bei den Lebensräumen, den Arten, der genetischen Vielfalt und ihren Wechselwirkungen. Die Biodiversität und ihre Leistungen – die so genannten Ökosystemleistungen – sind die Grundlage des Lebens auf dieser Erde. Ihr Verlust bedroht die Existenzgrundlage der Menschen und die Wirtschaftsleistung eines Landes. Der Wert der Natur sowie die Kosten ihres Verlusts werden mithilfe der «Ökosystemleistungen» erfasst.»

Die Wissenschaft, die Verwaltung sowie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Europäische Umweltagentur (EUA) weisen die Schweiz darauf hin, dass die bisherigen Instrumente und Massnahmen zwar gut und teilweise auch erfolgreich sind, aber längst nicht ausreichen, um den Biodiversitätsverlust zu stoppen und die Biodiversität langfristig erhalten und fördern zu können.

Das BAFU nennt die Belastung der Natur:



Lebensräume

Fast die Hälfte der rund 230 in der Schweiz vorkommenden Lebensraumtypen ist bedroht. In den meisten Lebensräumen nimmt die ökologische Qualität weiterhin ab, ebenso in den Biotopen von nationaler Bedeutung.



Arten

In der Schweiz kommen etwa 56'000 bekannte Arten vor. 39 Arten kommen nur in der Schweiz vor. Rund ein Fünftel der Arten ist bewertet, davon müssen 35% als gefährdet eingestuft werden.



GENETISCHE VIelfALT

Mit jeder ausgestorbenen Population geht genetische Vielfalt verloren. Bei den Kulturpflanzen konnten die Verluste der genetischen Vielfalt gestoppt werden; bei vielen wildlebenden Arten geht sie weiter zurück.

BIODIVERSITÄT IM SIEDLUNGSRAUM:

Auch zur Biodiversität im Siedlungsraum findet das BAFU klare Worte: «Wegen Ausdehnung von Siedlungen und Verkehrsinfrastrukturen, Überbauung und Zerschneidung von Lebensräumen steht die Biodiversität unter massivem Druck. Ein wichtiger Treiber für den Verlust an Artenvielfalt: **2018 waren beinahe zwei Drittel der Siedlungsflächen versiegelt.**»

Die Warnungen des Bundesamtes für Umwelt werden von der Politik systematisch ignoriert.

Quellen:

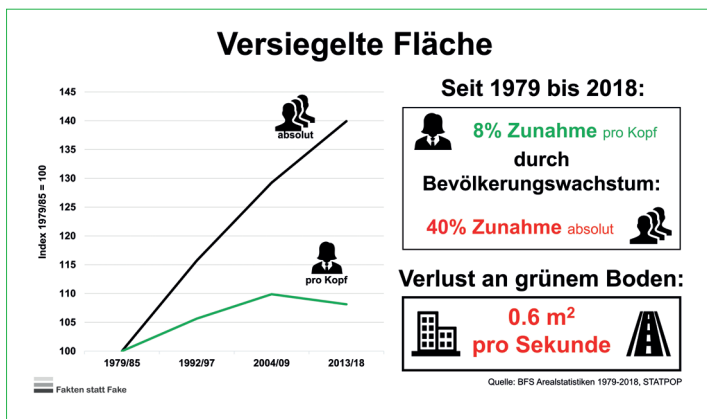
- > <https://www.eda.admin.ch/agenda2030/de/home/agenda-2030/die-17-ziele-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung.html>
- > <https://www.BAFU.admin.ch/BAFU/de/home/themen/biodiversitaet/fachinformationen/zustand-der-biodiversitaet-in-der-schweiz.html>
- > <https://www.BAFU.admin.ch/dam/BAFU/de/dokumente/biodiversitaet/fachinfo-daten/wirkung-aktionsplan-biodiversitaet-ap-sbs.pdf.download.pdf/Wirkung%20des%20Aktionsplans%20Biodiversitaet%20C3%A4t%20AP%20SBS.pdf>
- > <https://de.wikipedia.org/wiki/Brundtland-Bericht>

TEAM «FAKTEN STATT FAKE»

Eine kleine Gruppe von Personen aus Wissenschaft und Politik hat sich zusammengefunden, um Antworten zu suchen, wie sich das Bevölkerungswachstum in der Schweiz unter anderem auf Siedlungs- und Landwirtschaftsflächen, Naturschutz, Ernährungssicherheit, Fachkräftemangel, Energieverbrauch, Treibhausgasemissionen und Wohlstand auswirkt. Einfach verständliche Infografiken basierend auf öffentlich zugänglichen Daten der Bundesämter, der Weltbank und anderer offizieller Quellen ergeben zum Teil überraschende Resultate.

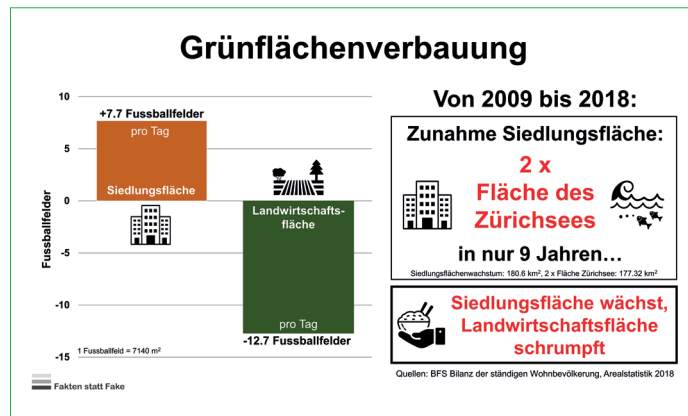
ENTWICKLUNG DER SCHWEIZER FLÄCHEN

Das Bundesamt für Raumentwicklung ARE analysiert die Entwicklung der Schweizer Flächen. Über einen Zeitraum von 5 Jahren wird jeweils der Flächenwandel erhoben.



Die Resultate sind erstaunlich. So zeigt sich, dass die versiegelte Fläche (Gebäude, Strassen) kontinuierlich zunimmt. Das Versiegeln führt dazu, dass «der Boden seine ökologische Funktion als Lebensraum, Speicher und Filter sowie die Fähigkeit, Stoffe umzuwandeln und abzubauen» verliert. (Quelle: BFS).

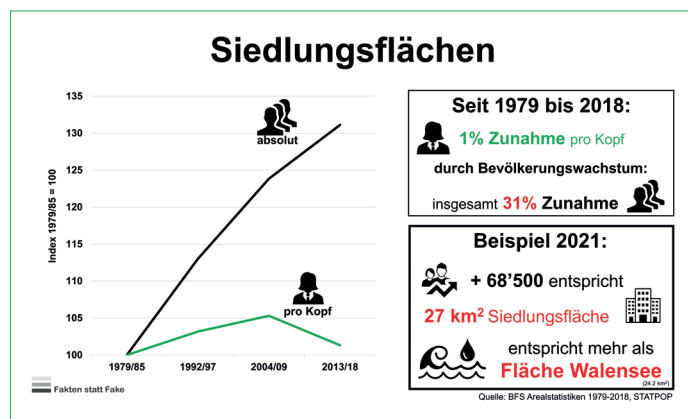
In den letzten 40 Jahren (1979 bis 2018) nahm gemäss Daten des ARE die versiegelte Fläche pro Kopf zwar «nur» um 8% zu. Absolut stieg jedoch, aufgrund des Bevölkerungswachstums, die versiegelte Fläche insgesamt um 40%. Jede Sekunde gehen also 0.6 m² grüner Boden verloren, alles auf Kosten der ökologischen Lebensräume.



DIE VERSIEGELTE FLÄCHE STEHT IN ENGEM ZUSAMMENHANG MIT DER SIEDLUNGSFLÄCHE

Die Siedlungsfläche beinhaltet, wie der Name sagt, die Fläche für Siedlungen: Strassen, Schulen, Wohnungen, aber auch Spielplätze, Pärke u.ä. – dort zeigen sich die Auswirkungen des Bevölkerungswachstums noch dramatischer.

Während Herr und Frau Schweizer in den letzten 40 Jahren insgesamt 1% mehr Siedlungsfläche pro Kopf beanspruchen, stieg die Siedlungsfläche aufgrund des Bevölkerungswachstums um sage und schreibe 31%. Als Beispiel gilt das Jahr 2021: So wuchs die Bevölkerung um 68'500 Leute, was eine zusätzliche Siedlungsfläche von 27 km² bedingt. Eine Fläche, grösser als die des Walensees.



Tagtäglich wächst die Siedlungsfläche um beinahe 8 Fussballfelder, grösstenteils auf Kosten der Landwirtschaftsfläche, welche aufgrund der Zunahme der Siedlungsflächen und von Verwaltung (vor-

wiegend in den Alpen) täglich um 13 Fussballfelder schrumpft. Glaubt man den Daten der Bundesämter, nahm die Siedlungsfläche in nur 9 Jahren (2009 bis 2018) um eine Fläche, so gross wie zweimal der Zürichsee, zu.

BRUNDTLAND-KOMMISSION, 1987

Nachhaltig ist eine Entwicklung dann, wenn sie gewährleistet, dass die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt werden, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu beeinträchtigen.

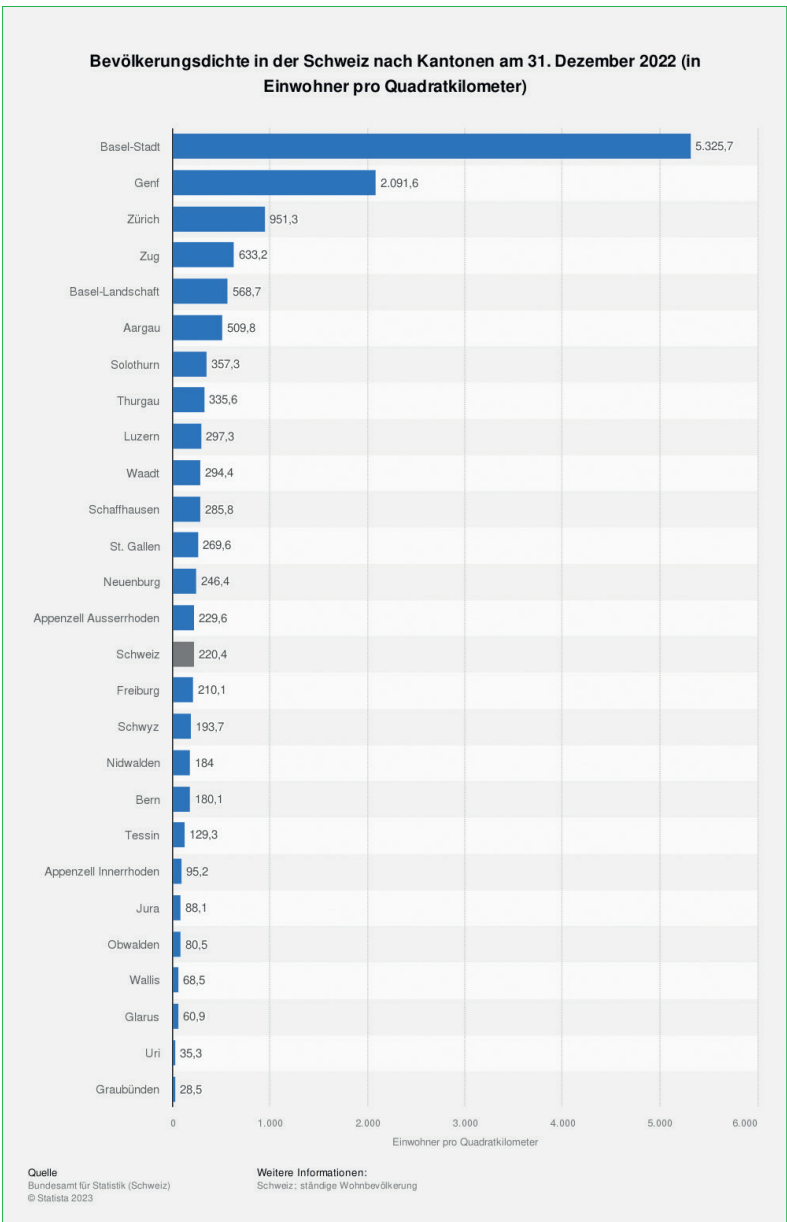
DIE POLITIK IGNORIERT DIE FORDERUNG NACH EINER NACHHALTIGEN BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Das massive Bevölkerungswachstum belastet die Umwelt und beeinträchtigt das Leben und die Bedürfnisse der nächsten Generationen. Notwendig ist deshalb eine Revision des EU-Freizügigkeitsabkommens mit der EU von 1999.

Diese Möglichkeit ist im Artikel 14, Absatz 2 des Abkommens enthalten. Dieser bestimmt, dass bei schwerwiegenden wirtschaftlichen oder sozialen Problemen der Gemischte Ausschuss Schweiz/EU auf Verlangen einer Vertragspartei zusammenkommt, um geeignete Abhilfemassnahmen zu prüfen.

Erst wenn die Politik den Zusammenhang des hohen Bevölkerungswachstums mit den wachsenden Problemen in der Schweiz erkennt und nicht mehr leugnet, besteht Hoffnung, dass die Schweiz gemeinsam mit der EU für unser Land eine nachhaltige Lösung findet.

*Erika Häusermann
Grünliberale Partei SG
Vizepräsidentin
ECOPOP*



Wenn Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider öffentlich bekannt gibt, sie habe keine Angst vor einer 12-Millionen-Schweiz, dann soll sie auch bekannt geben, wie sie die Biodiversitätskrise in der Schweiz meistern will, wieviel Grünflächen sie noch verbauen und versiegeln möchte, was das kostet und wie die nächsten Generationen damit umgehen und diese Lasten tragen sollen.

«THE ECOLOGICAL CITIZEN»

Der unten aufgeführte wissenschaftliche Artikel von Philipp Cafaro und Jane O'Sullivan wurde 2019 in der Zeitschrift «The Ecological Citizen» in englischer Sprache publiziert. Wir haben eine deutsche Übersetzung davon erstellt.

Die Zeitschrift «The Ecological Citizen» ist eine unabhängige, von Fachleuten revidierte, frei zugängliche wissenschaftliche Zeitschrift. Sie bietet, laut Eigenaussage, ein Forum für anregende und mobilisierende Diskussionen mit einer erdzentrierten Perspektive. Die Inhalte werden online veröffentlicht und in Ausgaben zusammengefasst, die etwa zweimal im Jahr erscheinen. Die Artikel sind im Internet kostenlos zugänglich auf www.ecologicalcitizen.net.

ANMERKUNG DES CHEFREDAKTEURS DES «ECOLOGICAL CITIZEN», PATRICK CURRY

Zwischen toxischen populistischen Forderungen nach Einwanderungskontrollen auf der Grundlage rassistischer Kriterien und der hyperbolischen Denunziationen jeglicher Erwähnung von Bevölkerungsfragen als «ökofaschistisch» wird der Raum für intelligente und nuancierte Diskussionen sowohl von links als auch von rechts vereinnahmt. Wir haben bereits drei solcher Artikel veröffentlicht (Crist [2019], Hines [2018] und Kuhlemann [2018]). Hier ist ein weiterer Artikel, um die Standpunkte weiter zu erörtern. Wir werden den Raum für Publikationen dieser Art weiterhin offenhalten.

Wie sollten ökologische Bürger über Einwanderung denken?



Philipp Cafaro



Jane O'Sullivan

Respekt vor der Natur erfordert eine gerechte Aufteilung der Landschaften und der Ressourcen mit anderen Lebewesen. Ohne eine Begrenzung der menschlichen Populationen wird dies nicht möglich sein. Daher sollten ökologisch denkende Bürger Massnahmen zur Senkung der Geburtenraten und zur Begrenzung der Zuwanderung unterstützen. Beide sind notwendig, um die derzeitige Überbevölkerung zu reduzieren. Das globale Bevölkerungswachstum wird nur dann aufhören, wenn genügend einzelne Nationen den Höhepunkt ihrer eigenen Bevölkerungszahl erreichen und die Bevölkerung danach abnimmt.

Daher müssen Zuwanderungsraten festgelegt werden, welche einen nationalen Bevölkerungsrückgang ermöglichen. Während Zuwanderung auf niedrigem Niveau nachhaltig sein kann, untergräbt eine hohe Zuwanderungsrate sowohl die nationale als auch die globale Bevölkerungsstabilisierung. Auch die Probleme, welche zur Auswanderung führen werden so nicht gelöst. In Verbindung mit einem geringeren Pro-Kopf-Verbrauch wird eine kleinere Einwohnerzahl den Industrieländern dabei helfen, nicht länger einen unverhältnismässig grossen Anteil an den globalen, ökologischen Gemeinschaftsgütern zu beanspruchen. Treibhausgasemissionen können verringert werden und es eröffnen sich neue Möglichkeiten für Ökologisierung und Renaturierung.

Umweltschützer stehen im Allgemeinen der Einwanderung zwiespältig gegenüber. Einige argumentieren, dass die Schaffung wirklich nachhaltiger Gesellschaften in einer überfüllten Welt eine Begrenzung der Einwanderung erfordert und dass überbevölkerte Länder mit wachsender Bevölkerung, wie Grossbritannien und die USA, das derzeitige Einwanderungsniveau reduzieren sollten (z. B. Hines, 2018). Andere sind der Meinung, dass die Diskussion über die Einwanderung den Konsens über das wichtigere Thema - der Begrenzung des globalen Bevölkerungswachstums untergräbt - und dass ressourcenhungrige, imperialistische Mächte wie das Vereinigte Königreich und die USA ohnehin kein moralisches Recht haben, die Einwanderung zu begrenzen (z. B. Crist, 2019).

Während wir mit den Bedenken der Letzteren sympathisieren, stimmen wir der erstgenannten Ansicht nachdrücklich zu, und zwar aus Gründen, die sich am besten durch die Bedeutung der ökologischen Bürgerschaft klären lassen.

Auf der Ebene der ersten Prinzipien erkennen ökologisch orientierte Bürgerinnen und Bürger den intrinsischen Wert der nicht-menschlichen Welt und die ethische Verpflichtung an, die Landmassen und Meere der Erde gerecht mit anderen Arten zu teilen (Washington et al., 2018). Was dies in der Praxis in den verschiedenen Teilen der Welt bedeuten soll, steht zur Debatte und unterliegt der demokratischen Entscheidungsfindung. Zumindest aber bedeutet es, robuste Populationen aller verbleibenden einheimischen Arten zu erhalten, anstatt sie weiter zu verdrängen und auszulöschen.

Angesichts dieses Ziels ist es ein zentrales Anliegen der ökologischen Bürgerschaft, die Ansprüche des Menschen an die nicht-menschliche Natur zu begrenzen - nicht zähneknirschend, sondern mit Freude, als notwendiger Teil unseres Wunsches, in Gemeinschaft mit anderen Arten zu leben. Und da die Zahl der Menschen ein grundlegender Faktor für unsere Ansprüche und Auswirkungen auf die natürliche Welt ist, sollten ökologische Bürger versuchen, die Grösse der menschlichen Populationen zu begrenzen. Ganz gleich, auf welche Auswirkungen wir uns konzentrieren (Kohlenstoffemissionen, Wasserentnahme aus Flüssen, Umwandlung von Wildnis in Ackerland usw.): menschliche Gesellschaften, die immer mehr Individuen aufnehmen, können ihre Ansprüche nicht begrenzen, um die begrenzten Lebensräume und Ressourcen der Welt gerecht mit anderen Lebewesen zu teilen.

Darin scheinen sich alle willigen Ökobürger einig zu sein. In der Tat, Patrick Curry (2017) schreibt in der ersten Ausgabe dieser Zeitschrift, dass ökologische Bürgerinnen und Bürger angesichts des prekären und sich rapide verschlechternden Zustands der weltweiten Biodiversität eine deutliche Verringerung der derzeitigen menschlichen Populationen unterstützen sollten. Der logische Weg zu dieser Schlussfolgerung scheint einfach zu sein: Ein nicht-anthropozentrisches Wertesystem beinhaltet die Verpflichtung, Landschaften und Ressourcen fair mit anderen Arten zu teilen, was wiederum die Verpflichtung mit sich bringt, nicht nachhaltige, grosse menschliche Populationen zu verkleinern. Die Schlussfolgerung selbst scheint gerechtfertigt, wenn man zwei Vorbehalte anbringt:

Wir sollten darauf hinarbeiten, die Bevölkerungsgrösse nur mit moralisch akzeptablen Mitteln zu verringern, und zwar nicht als Allheilmittel,

sondern als Teil eines umfassenden Umweltschutzes.

EINWANDERUNG ALS UMWELTTHEMA

Auf nationaler Ebene rechtfertigt dies Massnahmen ohne Zwang zur Senkung der Geburtenrate. Etwa die flächendeckende Bereitstellung erschwinglicher Verhütungsmittel, die Aufklärung der Menschen über die wirtschaftlichen und ökologischen Vorteile kleiner Familien, die Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit und das Verbot von Kinderehen. Gleichzeitig rechtfertigt dies aber auch eine Begrenzung der Zuwanderung. Die Folgen einer hohen Zuwanderung können die Vorteile niedrigerer Geburtenraten leicht zunichtemachen. Nehmen wir das Vereinigte Königreich, dessen Bevölkerung 2016 bei 65,4 Millionen lag und das zwischen 1998 und 2017 eine durchschnittliche jährliche Nettozuwanderung von etwa 230'000 Personen verzeichnete. Bleibt es beim Status quo, so wird die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs in diesem Jahrhundert um über 15 Millionen Menschen (oder 24%) zunehmen. Die Zuwanderung spielt die Hauptrolle bei diesem Anstieg, da die Fruchtbarkeit mit 1,79 Kinder pro Frau, deutlich unter der Ersatzrate liegt. Der grösste Teil dieses prognostizierten Anstiegs verschwindet, wenn der Wanderungssaldo halbiert wird. Wenn der Wanderungssaldo auf Null gesetzt wird, nimmt die Bevölkerung ab (um 18% über 83 Jahre). Umgekehrt führt eine Verdoppelung des jährlichen Wanderungssaldos zu einem Anstieg der Bevölkerung um 68% bis zum Jahr 2100 (Abb.1).

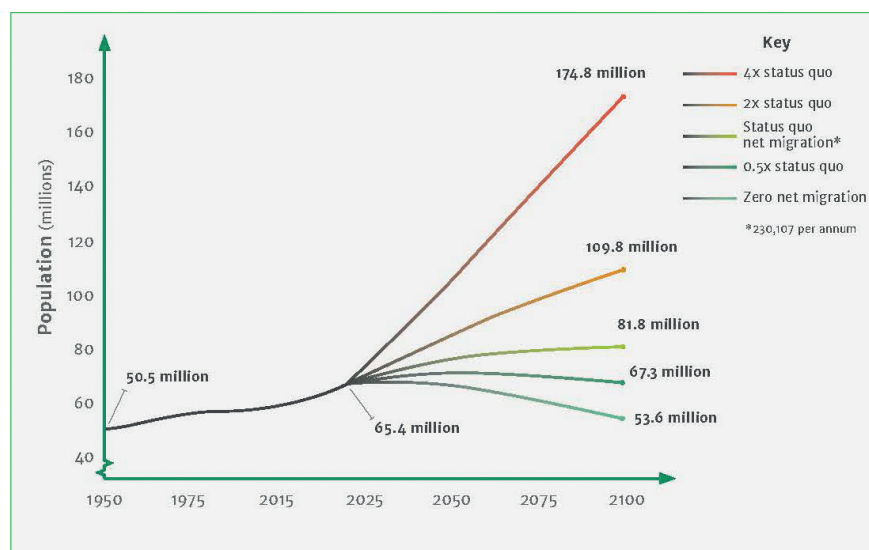


Abbildung 1. Bevölkerungsprojektion für Grossbritannien mit 4 verschiedenen Einwanderungs-Szenarien und gleichbleibender Geburtenrate

Schwieriger ist es, die Folgen einer Einwanderungspolitik mit «offenen Grenzen» zu modellieren. Jüngere Erhebungen deuten auf einen enormen Nachholbedarf in den Herkunftsländern hin.

Die neuste Gallup Umfrage schätzt, dass mehr als 750 Millionen Menschen weltweit auswandern würden, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten (Esipova et al., 2018). Während Sachs (in Sierakowski [2017]) davon ausgeht, dass bei vollständiger Freizügigkeit innerhalb von fünf Jahren eine Milliarde Menschen auswandern würden.

Nehmen wir das Vierfache des derzeitigen jährlichen Wanderungssaldos als sehr konservativen Richtwert für offene Grenzen. Bei diesem Wert würde die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs bis zum Jahr 2100 um 167% zunehmen.

Wie sollte ein ökologischer Mensch, der auch Bürger des Vereinigten Königreichs ist, auf diese Fakten reagieren? Zumindest sollte er deren Auswirkungen auf eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft anerkennen. Selbst auf der Grundlage der rein anthropozentrischen Analyse des «Global Footprint Network» verbraucht die derzeitige britische Bevölkerung bereits das Dreifache der Biokapazität ihres Landes.

Ohne vorwegzunehmen, wie künftige Technologien die Auswirkungen der Überbevölkerung eindämmen könnten, liegt es auf der Hand, dass ein Grossbritannien mit 54 Millionen Einwohnern mehr Möglichkeiten hat, die Landschaft grosszügig mit anderen Arten zu teilen als ein Grossbritannien mit 81 Millionen Einwohnern, geschweige denn mit 175 Millionen. Ebenso wird ein weniger überbevölkertes UK eher in der Lage sein, Treibhausgasemissionen zu reduzieren und seiner globalen ökologischen Verantwortung besser gerecht zu werden. Wie David Attenborough sagte: «Alle Umweltprobleme sind mit weniger Menschen leichter zu lösen und schwieriger oder letztendlich unmöglich mit mehr» (BBC, 2009).

Eines der hoffnungsvollsten Anzeichen für eine friedliche Koexistenz von Mensch und Natur ist die Zunahme von Projekten zur Renaturierung von Wäldern, Wiesen und Feuchtgebieten, mit dem Ziel der Erhaltung der Biodiversität und der Wiederherstellung von Ökosystemen, die vor der menschlichen Entwicklung existierten. Solche Bemühungen sind besonders wichtig in lange besiedelten, dicht bevölkerten Ländern, in welchen nur noch wenig unberührtes Land existiert.

An diesen Orten hängt eine grosszügigere Aufteilung der Ressourcen zwischen Menschen und anderen Arten davon ab, dass wir etwas von dem zurückgeben, was wir uns genommen haben. Die Organisation «Rewilding Europe» betont ausdrücklich die positive Rolle, die der Bevölkerungsrückgang bei der Wiederbewaldung spielt (www.rewildingeurope.com). Von der westlichen Iberischen Halbinsel

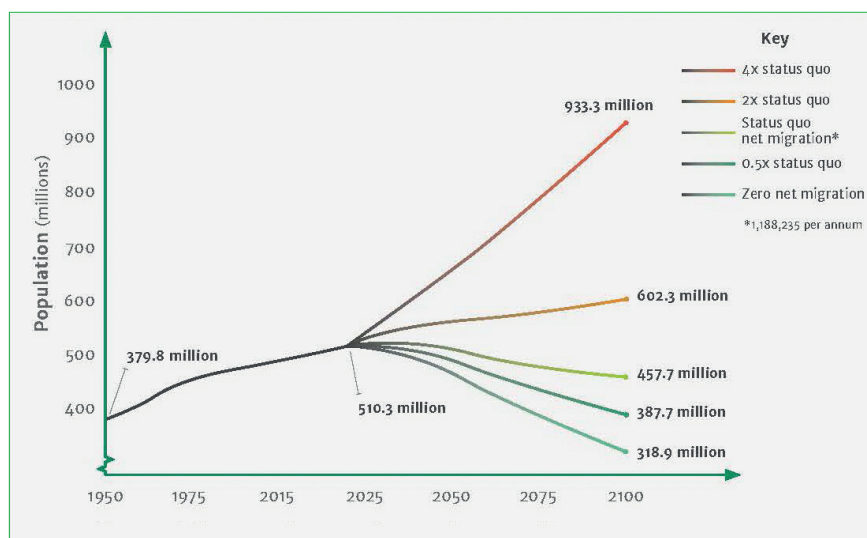


Abbildung 2: Bevölkerungsprojektionen für die EU mit 5 verschiedenen Einwanderungsraten. Methode nach Cafaro und Déres (2018)

bis zum Donaudelta umfassen die meisten ihrer Projekte die Renaturierung von aufgegebenen landwirtschaftlichen Flächen. Ein fortgesetzter Bevölkerungsrückgang könnte künftig noch mehr solche Erfolge ermöglichen. Damit könnten die europäischen Staaten, die in der UN- Biodiversitätskonvention festgelegten und von der EU ratifizierten Ziele für Schutzgebiete erreichen oder sogar übertreffen (Europäische Kommission, 2010). Glücklicherweise geht die Bevölkerungsentwicklung in Europa in die richtige Richtung. Bei den derzeitigen Fruchtbarkeits- und Einwanderungsraten wird die Bevölkerung der EU bis zum Ende dieses Jahrhunderts um 52,6 Millionen Menschen (etwa 10%) abnehmen. Aber auch hier kann die künftige Einwanderungspolitik diesen Trend beschleunigen oder ihm entgegenwirken, wie in Abbildung 2 dargestellt.

Bei der Aufgabe ländlicher Gebiete und der Zersiedelung spielen viele Faktoren eine Rolle, und es wäre ein Fehler, eine einfache 1:1-Entsprechung zwischen der Zahl der Menschen und der Verfügbarkeit von Lebensraum für andere Arten anzunehmen. Noch schlimmer ist es jedoch, überhaupt keine Beziehung anzunehmen. Die Erfahrung zeigt, dass eine sinkende Zahl von Menschen die Möglichkeit eröffnet, Land grosszügiger mit anderen Arten zu teilen (Navarro, 2014). Während eine steigende Zahl von Menschen solche Möglichkeiten tendenziell ausschliesst. McKee (2003) fand heraus, dass die Bevölkerungsdichte in kontinentalen Ländern 88% der Unterschiede am Anteil der vom Aussterben bedrohten Vogel- und Säugetierarten erklärt. Auf der Grundlage solcher Überlegungen sind wir der Meinung, dass ökologisch denkende Bürger eine Verringerung der Zuwanderung unterstützen sollten, wenn das derzeitige Migrationsniveau einen Bevölkerungsrückgang verhindert (O'Sullivan, 2014; Cafaro, 2015).

GLOBAL DENKEN, NATIONAL HANDELN

Ökologisch orientierte Bürger neigen dazu, «global zu denken». Aber es ist kein eigennütziger Protektionismus, wenn wir den Arten und Ökosystemen in unseren eigenen Ländern Priorität einräumen.

Hier haben wir durch unsere Aktivitäten und politische Lobbyarbeit den grössten Einfluss. Hier haben wir auch unsere Hauptverantwortung als Einwohner. Aus Respekt vor der Autonomie anderer Nationen müssen wir eingestehen, dass unser Einfluss auf ihre Umwelt begrenzt ist. So leidenschaftlich sich Nicht-Afrikaner auch für die Erhaltung der afrikanischen Tierwelt einsetzen mögen, die Afrikaner und ihre Regierungen werden weitgehend das Schicksal der afrikanischen Fauna bestimmen. Der Rest der Weltbevölkerung, die Weltgemeinschaft kann und sollte die Erhaltungsbemühungen mit Rat und Tat unterstützen. Wir sollten alles in unserer Macht stehende tun, um den Klimawandel zu begrenzen und die globalen Ökosysteme zu schützen, von denen die Tierwelt abhängt. Wir sollten uns den zerstörerischen Einflüssen transnationaler Investoren widersetzen, seien es Unternehmen oder staatliche Akteure. Letztendlich liegt es aber an den Afrikanern selbst, inwieweit es ihnen gelingt, gerecht und nachhaltig miteinander und mit ihren wilden Nachbarn zu leben. Das Gleiche gilt für Europäer, Asiaten, Amerikaner und unsere Antipoden.

Viele nationale Grenzen sind das Erbe historischer Ungerechtigkeiten und werfen einen langen Schatten auf moderne Ungerechtigkeiten wie ethnische Unterwerfung oder grenzüberschreitenden Zugang zu Ressourcen. Nationalstaaten sind aber auch der wichtigste Rahmen für die Demokratie, über welche die Zivilgesellschaft Einfluss auf Politik und Gesetzgebung nehmen kann (Tamir, 2019). Wir stimmen mit Daly (2015) überein, dass eine Föderation voneinander abhängiger Nationen (im Wesentlichen das UN-Modell) einem unregulierten Unternehmensfeudalismus in einem globalen Gemeingut vorzuziehen ist - dem wahrscheinlichen Ergebnis der Auflösung von Grenzen. Auf jeden Fall ist dies der Rahmen, innerhalb dessen wir in absehbarer Zukunft agieren können. Wenn eine ökologische Bewegung in unserer Generation eine praktische Bedeutung haben soll, wenn wir hoffen, eine fortschrittliche umweltfreundliche Agenda voranzubringen, dann nur innerhalb dieser Rahmenbedingungen.

Bereits Ansässige haben, als notwendige Folge des Grundrechts auf Selbstverwaltung, ein moralisches Recht, die Einwanderung in ihre Länder zu begrenzen. Dies wurde von verschiedenen Autoren ausführlich dargelegt (Walzer, 1983; Rawls, 2001; Phillips, 2018). Wir glauben, dass es in vielen Fällen auch ihre ethische Verantwortung ist, so zu handeln (Miller, 2016). **Eine weise und gerechte Nation wird sich bemühen, ökologische Gerechtigkeit zwischen den Arten zu gewährleisten und eine faire Verteilung des Wohlstands unter ihren Bürgern zu ermöglichen.**

Keines dieser Ziele ist erreichbar, wenn die Wohnsitznahme für eine unbegrenzte Anzahl von Menschen erlaubt wird (Cafaro, 2015). Der beste Weg, globale Trends zu beeinflussen, besteht darin, mit gutem Beispiel voranzugehen. Der Ansatz «Tu, was ich sage, aber nicht, was ich tue» ist zu Recht verpönt.

Ökologische Bürgerinnen und Bürger in Europa sollten dankbar sein, dass sie der erste Kontinent sind, welcher die Bevölkerungsexplosion überwunden hat (Vereinte Nationen, 2017). Sie sollten sich entschieden gegen jene wehren, welche versuchen, Ängste über die alternde Bevölkerung zu schüren. Ein höherer Anteil an alten Menschen ist eine Errungenschaft und kein Problem (Götmark et al., 2018). Laut Götmark sollte die Politik die ökologischen Vorteile nutzen, die eine schrumpfende Bevölkerung bietet. Jede Nation, die ihren Bevölkerungshöchststand und -rückgang akzeptiert und die Vorteile für die Umwelt würdigt, stärkt den Willen anderer, diesem Beispiel zu folgen. Umgekehrt untergräbt jede Nation, die aktiv daran arbeitet, ihr eigenes Bevölkerungswachstum zu verlängern, die Bemühungen um eine Stabilisierung der Bevölkerung in anderen Ländern. Schon jetzt hat der lautstarke Alarmismus der Industrieländer in Bezug auf die alternde Bevölkerung einige Entwicklungsländer dazu veranlasst, einen zu raschen Rückgang der Fruchtbarkeit zu befürchten und ihre jugendlichen, wachsenden Bevölkerungen als Segen zu betrachten (O'Sullivan und Martin, 2016). Um nur ein Beispiel zu nennen: Tansanias Präsident Magufuli prangerte die Empfängnisverhütung an und sagte: «Ich bin nach Europa und in andere Länder gereist und habe die schädlichen Auswirkungen der Geburtenkontrolle gesehen. Einige Länder sind jetzt mit einem Bevölkerungsrückgang konfrontiert» (BBC, 2018). Tansania mit einer Fruchtbarkeit von über 5 Kindern pro Frau ist auf dem besten Weg, seine Bevölkerung von 57 Millionen im Jahr 2017 auf 278 Millionen im Jahr 2100 zu erhöhen (Vereinte Nationen, 2017).

Wir sind uns bewusst, dass die Einwanderungspolitik in der Vergangenheit oft rassistisch diskriminierend war (Dummett, 2001). Ein solcher Rassismus ist verabscheuungswürdig. Wir weisen jedoch die Behauptung, dass alle Forderungen nach Einwanderungsbeschränkungen rassistisch sind oder den Rassismus fördern, entschieden zurück. Diese irrationale Schuldzuweisung ist eine Form des «Argumentum ad Hitlerum», mit dem behauptet wird, dass alles, was Hitler befürwortete (wie Vegetarismus, neoklassische Kunst oder ökologischer Gartenbau), deshalb «faschistisch» sei.

Die ökologischen Argumente für eine Begrenzung der Einwanderung haben nichts mit Rasse oder ethnischer Identität zu tun. Reduzierung der Einwanderung ist nicht dasselbe wie ihre Beendigung. Sollten wir als ökologische Bürger unsere eigenen Ziele begraben, aus Angst vor einer Assoziation, die nur in den Augen unserer Gegner

existiert? Das ist selbstzerstörerisch, wenn man bedenkt, dass Fairness gegenüber anderen Lebewesen ohne eine Stabilisierung der Bevölkerung nicht erreicht werden kann.

Auf alle Fälle tummeln sich auf dem Gebiet der Migration seltsame Akteure. Die globalen Finanzeliten, zusammen mit räuberischem Kapital, haben massgeblich dazu beigetragen, die Grenzen für den freieren Zustrom billiger Arbeitskräfte zu öffnen. Als der amerikanische Sozialdemokrat Bernie Sanders 2015 in einem Interview gefragt wurde, ob ein überzeugter Sozialist offene Grenzen unterstützen sollte, brüskierte er seinen Interviewpartner mit der Erwiderung, «dies sei ein Vorschlag der Koch-Brüder» (Klein, 2015) (Anmerk. des Übersetzers: die ultra-liberalen Gebrüder Koch gehören zu den politisch einflussreichsten US-amerikanischen Milliardären). Nagle (2018) bezeichnet in ihrer Analyse «Die Argumente der Linken gegen offene Grenzen» liberale Einwanderungsbefürworter als «nützliche Idioten des Grosskapitals» - ein grundlegender Widerspruch zu den Zielen der Arbeiterbewegung, die sich traditionell gegen Masseneinwanderung ausspricht, während sie durch internationale Solidarität weltweit erhebliche Fortschritte für die Arbeitnehmer erzielt hat. Nagle zitiert sogar Karl Marx «über die Sinnlosigkeit, die Lage der englischen Arbeiter zu verbessern, ohne den Zustrom irischer Arbeiter durch irische Emanzipation einzudämmen». Marx wies auch ausdrücklich auf die bewusste Taktik der Kapitalisten hin, welche den sozialen Zusammenhalt untergraben, indem sie ethnische Gegensätze schüren, um die Bürger abzulenken und ihre kollektive Stimme zu schwächen (Marx, 1870; Wilson, 2017).

Sowohl ökologische als auch soziale Fortschritte sind Opfer von ausufernden und kooptierten Demokratien. Wenn wir also einerseits für strengere Einwanderungskontrollen eintreten, riskieren wir, als Rassisten und ethnischen Chauvinisten verleumdet zu werden. Wenn wir aber andererseits für eine höhere Einwanderungsquote eintreten oder zu diesem Thema schweigen, unterstützen wir materiell einen ausbeuterischen Unternehmensglobalismus, der sowohl die Rechte der Arbeitnehmer als auch den Umweltschutz untergräbt. Sind ökologische Bürgerinnen und Bürger nicht mutig genug, um sich gegen ein bisschen Verleumdung zu wehren?

VERSTÄRKTE MIGRATION KANN LÄNDER MIT HOHER FRUCHTBARKEIT NICHT VOR ÜBERBEVÖLKERUNG RETTEN

Was ist mit den Menschen, die bei strengeren Einwanderungsbeschränkungen nicht auswandern könnten? Sie sind ein winziger Bruchteil der bedürftigen Menschen in den Entwicklungsländern, deren Lebensstandard wir anheben möchten. Von allen lebenden Menschen, die in Entwicklungsländern geboren wurden, konnten bisher etwa 3% in andere Länder auswandern. Viele von ihnen sind relativ privilegierte, höher ausgebildete Menschen, deren Fä-

higkeiten in ihren eigenen Ländern dringend benötigt würden. Die Entwicklungsländer können es sich nicht leisten, Ärzte und Krankenschwestern auszubilden, die abwandern für besser bezahlte Arbeitsplätze in wohlhabenderen Ländern. Laut Tulenko (2010) «praktizieren heute mehr äthiopische Ärzte in Chicago als in ganz Äthiopien, einem Land mit 80 Millionen Einwohnern».

Wohlmeinende Bürger in den Industrieländern sollten sich für eine Aufstockung der Auslandshilfe einsetzen, welche auf eine ökologisch nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist. Wir sollten darauf abzielen, die oft traumatische Notwendigkeit für Menschen, ihre Heimat zu verlassen, zu lindern. Dies ohne die eigenen Bemühungen der Empfängerländer um ökologische Nachhaltigkeit zu untergraben oder die Existenz anderer Arten zu opfern (Mathews, 2016).

Da die Bevölkerung in den Herkunftsländern immer grösser wird, könnte selbst eine anhaltende Auswanderungsrate von 3% die Kapazität der Empfängerländer übersteigen. 1950 hatte Afrika nicht halb so viele Einwohner wie Europa. Bis 2050 wird die Bevölkerung Afrikas dreimal grösser sein als die Europas. Wenn sich die aktuellen Trends fortsetzen, werden im Jahr 2100 auf jeden Europäer sieben Afrikaner kommen (Abbildung 3). Es liegt auf der Hand, dass die Abwanderung einer relativen Handvoll Einwohner die sozialen und ökologischen Belastungen, die dieser Bevölkerungszuwachs in Afrika oder anderen schnell wachsenden Gebieten mit sich bringt, nicht lindern wird. Was diese Länder brauchen, ist ein schneller Rückgang der Geburtenrate. In Afrika ist dies sogar unabdingbar, wenn die jüngsten Entwicklungserfolge nicht wieder rückgängig gemacht und ernsthafte Katastrophen vermieden werden sollen (Population Institute, 2015; Shute und Nuki, 2018).

Die Argumente für eine hohe Zuwanderung untergraben jedoch direkt die Bemühungen um eine Verringerung der Fertilität. Immer wieder wird moniert, das Bevölkerungswachstum sei positiv und dass wir eher Gefahr laufen, dass uns die Arbeitskräfte fehlen, als dass uns der fruchtbare Boden, das frische Wasser, die Bestäuber und die unverschmutzten Orte ausgehen. Dieser Mythos ist sowohl das Ergebnis als auch die Fortsetzung des Tabus, welches sich in den 1980er und 1990er Jahren betreffend Überbevölkerung festgesetzt hatte (Campbell, 2007). Dies unter der falschen Behauptung, Familienplanung sei gleichbedeutend wie drakonische Ein-Kind-Politik und Zwangssterilisationen. Das Tabu sollte aufgehoben werden. Es hat den politischen Willen und die Finanzierung nationaler Familienplanungsprogramme geschwächt. Das Recht der Frauen auf Geburtenkontrolle wurde eingeschränkt und führte dazu, dass der Rückgang der Geburtenraten in Afrika und anderswo ins Stocken geraten ist (Bongaarts, 2008; Ezeh et al., 2009).

Innerhalb von 20 Jahren führte dieser Wandel dazu, dass die UNO ihre Prognose für die Bevölkerung Afrikas im Jahr 2100 von 2 auf 4 Milliarden verdoppelte. Eine erneute Unterstützung der freiwilligen Familienplanung könnte diese Zahl noch um mindestens eine Milliarde verringern (Ezeh, 2018). Ein Ziel, das alle denkenden Bürger, ob Afrikaner oder Europäer, ob anthropozentrisch oder ökozentrisch, aus guten Gründen unterstützen sollten.

SCHLUSSFOLGERUNG

Die industrialisierte Welt ist bereits überbevölkert (Kuhlemann, 2018). Das globale Bevölkerungswachstum wird nur dann enden, wenn genügend einzelne Nationen ihren Höchststand und den Rückgang der eigenen Bevölkerung willkommen heissen.

Aus diesen Gründen sollte die Nettozuwanderung auf ein Niveau festgelegt werden, welches eine Schrumpfung der Bevölkerung ermöglicht. Dies ist notwendig, wenn wir darauf hoffen, ökologisch nachhaltige Gesellschaften zu schaffen, welche die Ressourcen gerecht mit anderen Lebewesen teilen. In Verbindung mit einem geringeren Pro-Kopf-Verbrauch wird eine kleinere Bevölkerung den Industrieländern auch dazu verhelfen, nicht länger einen unverhältnismässig grossen Anteil der globalen ökologischen Gemeinschaftsgüter in Anspruch zu nehmen.

Die Erreichung von Nachhaltigkeit auf unserem überfüllten Planeten ist ein schwieriges Problem, das Kompromisse und Abwägungen erfordert.

ÖKOLOGISCHE BÜRGER

Wir zeichnen uns dadurch aus, die Interessen anderer Lebewesen zu berücksichtigen und ihre Existenz nicht zu gefährden. Ökologische Bürger laufen Gefahr, als menschenfeindlich abgestempelt zu werden, weil sie angeblich «die Interessen der nicht-menschlichen Natur in den Vordergrund stellen und sich mehr um Tiere als um Menschen kümmern». Dieser Vorwurf ist unbegründet. Wir kümmern uns um beides. Eine überfüllte, biologisch verarmte Zukunft ist keine gute menschliche Zukunft. Der Sieg des Menschen über andere Arten ist letztlich ein grosser Verlust für die Menschheit. Angesichts der unmittelbaren humanitären Nöte der Auswanderungswilligen braucht es Mut daran festzuhalten, dass die Grenzen der Natur nicht verhandelbar sind.

Es ist die Pflicht ökologischer Bürgerinnen und Bürger, unsere Nationen bei der Gestaltung einer Einwanderungspolitik zu unterstützen, die nicht-diskriminierend und wirtschaftlich gerecht gegenüber unseren Mitmenschen ist. Zudem soll sie fair gegenüber anderen Lebewesen und künftigen

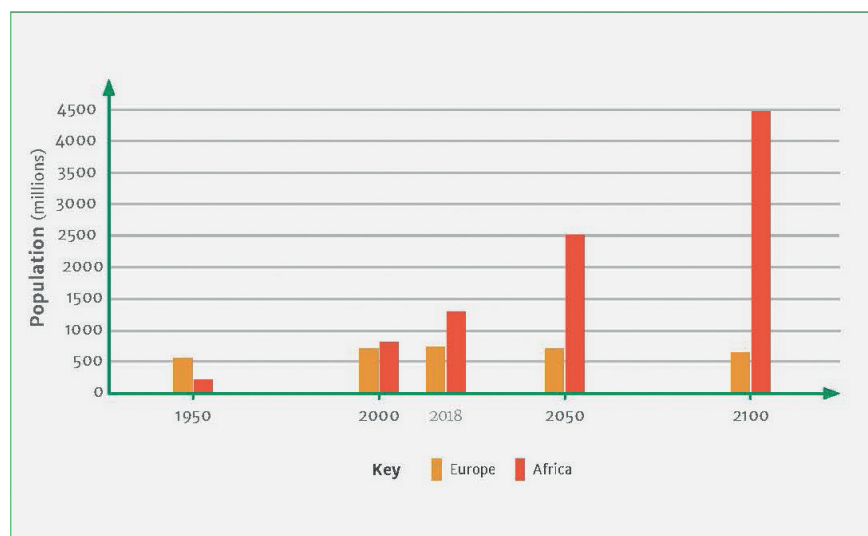


Abbildung 3: Historische und projizierte Bevölkerungszahlen für Europa und Afrika 1950 - 2100, gemäss mittlerer Bevölkerungsprognose (2017) der UN.

Generationen sein. Die Problematik der Zuwanderung wird sich nicht in Luft auflösen, wenn wir sie ignorieren. Einwanderungspolitik wird sowieso gemacht. Vielleicht auf der Grundlage fremdenfeindlicher Ansichten oder von Kapitalisten, die nach billigen Arbeitskräften suchen. Es wäre schade, wenn sich ökologische Bürgerinnen und Bürger aus diesen Debatten heraushalten und damit die künftigen Bevölkerungszahlen den Launen derjenigen überlassen, die sich nicht für deren Auswirkungen auf die Umwelt interessieren. Das hiesse: «Wir können 1001 Symptome des Bevölkerungswachstums angehen - aber nicht das Bevölkerungswachstum selbst». Ein solcher Ansatz ist offensichtlich selbstzerstörerisch, wenn man die vielen Umweltziele betrachtet, welche ökologisch interessierten Bürgern verfolgen. Er stellt auch eine verpasste Gelegenheit dar, die grundlegenden Ziele unserer Gesellschaft mit unseren Mitbürgern zu erörtern und die Notwendigkeit ökologischer Grenzen aufzuzeigen.

Das sind die Diskussionen, welche wir führen müssen.

Referenzen

- BBC (2009) Attenborough warnt vor der Bevölkerung.** BBC News, 13. April. Verfügbar unter <https://is.gd/7cyMWg> (Zugriff im April 2019).
- BBC (2018) Tanzania's President Magufuli calls for end to birth control.** BBC News, 10 September. Verfügbar unter <https://is.gd/GrpKxO> (Zugriff im April 2019).
- Bongaarts J (2008) Fertilitätsübergänge in Entwicklungsländern: Fortschritt oder Stagnation?** Studien zur Familienplanung 39: 105-10.
- Cafaro P (2015) Wie viele sind zu viele? Das progressive Argument für eine Reduzierung der Einwanderung in die Vereinigten Staaten.** University of Chicago Press, Chicago, IL, USA.
- Cafaro P und Dérer P (2018) New policy-based population projections for the European Union, with a consider-**

- ration of their environmental implications (working paper). *The Overpopulation Project*, Göteborg, Schweden. Verfügbar unter <https://is.gd/K6CiY8> (Zugriff im April 2019).
- Campbell M (2007)** Warum das Schweigen über die Bevölkerung? *Bevölkerung und Umwelt* 28: 237-46.
- Crist E (2019)** Die Entkopplung des globalen Bevölkerungsproblems von Einwanderungsfragen. *The Ecological Citizen* 2: 149-50.
- Curry P (2017)** Der ökologische Bürger: Ein Impuls des Lebens, für das Leben. *Der ökologische Bürger* 1: 5-9.
- Daly H (2015)** Massenmigration und Grenzpolitik. *Real-World Economics Review* 73: 130-3.
- Dummett M (2001)** *On Immigration and Refugees*.
- Europäische Kommission (2010)**. *Unsere Lebensversicherung, unser Naturkapital: EU- Biodiversitätsstrategie bis 2020*. Europäische Umweltagentur, Kopenhagen, Dänemark. Verfügbar unter <https://is.gd/0h0d84> (Zugriff im April 2019).
- Esipova N, Pugliese A und Ray J (2018)** Mehr als 750 Millionen Menschen weltweit würden auswandern, wenn sie könnten. *Gallup World News*, 10. Dezember. Verfügbar unter <https://is.gd/7sZfx8> (Zugriff im April 2019).
- Ezeh A, Mberu B und Emina J (2009)** Stall in fertility decline in Eastern African countries: Regionale Analyse von Mustern, Determinanten und Auswirkungen. *Philosophical Transactions of the Royal Society B* 364: 2991-3007.
- Klein E (2015)** Interview mit Bernie Sanders. *Vox*, 28 July. Verfügbar unter <https://is.gd/E3gMS7> (Zugriff im April 2019).
- Kuhlemann K (2018)** 'Any size population will do?': Der Trugschluss, eine Stabilisierung der Bevölkerungszahl anzustreben. *The Ecological Citizen* 1: 181-9.
- Marx K (1870)** Brief an Sigfrid Meyer und August Vogt, 9. April. Verfügbar unter <https://is.gd/q6oZmw> (abgerufen im April 2019).
- Mathews F (2016)** From biodiversity-based conservation to an ethic of bio-proportionality. *Biological Conservation* 200: 140-8.
- McKee JK (2003)** *Sparing Nature: Der Konflikt zwischen menschlichem Bevölkerungswachstum und der biologischen Vielfalt der Erde*. Rutgers University Press, New Brunswick, NJ, USA.
- Miller D (2016)** *Strangers in Our Midst: The political philosophy of immigration*. Harvard University Press, Cambridge, MA, USA.
- Nagle A (2018)** *The Left case against open borders*. *American Affairs* 2. Verfügbar unter <https://is.gd/DfG8MP> (abgerufen im April 2019).
- Navarro L (2014)** *Rewilding Abandoned Landscapes in Europe: Biodiversity impact and contribution to human well-being (PhD thesis)*. Universität von Lissabon, Portugal.
- O'Sullivan J (2014)** *Alternde Paranoia, ihre fiktive Grundlage und ihre allzu realen Kosten*. In: Goldie J and Betts K, eds. *Sustainable Futures: Linking population, resources and the environment*. CSIRO Publishing, Melbourne, Australien: 47-60.
- O'Sullivan J und Martin R (2016)** The risk of misrepresenting the demographic dividend. *N-IUSSP*, 18. April. Verfügbar unter <https://is.gd/wU0vK> (Zugriff im April 2019).
- Phillips A (2018)** *Immigration Ethics: Creating flourish- ing, just, and sustainable societies in a world of limits (Master's thesis)*. Colorado State University, Fort Collins, CO, USA.
- Population Institute (2015)** *Demographic Vulnerability: Wo das Bevölkerungswachstum die grössten Herausforderungen mit sich bringt*. Washington, DC, USA.
- Rawls J (2001)** *Das Recht der Völker*. Harvard University Press, Cambridge, MA, USA.
- Sierakowski S (2017)**. Navigieren in der neuen Abnormalität: Interview mit Jeffery Sachs. *Project Syndicate*, 3. Februar. Verfügbar unter <https://is.gd/aupsHD> (abgerufen im April 2019).
- Shute J und Nuki P (2018)** Gates warnt vor einem «Wendepunkt» für Afrika angesichts des Bevölkerungswachstums. *The Telegraph*, 18. September. Verfügbar unter <https://is.gd/SAEiuV> (abgerufen im April 2019).
- Tamir Y (2019)** *Why Nationalism*. Princeton University Press, Princeton, NJ, USA.
- Tulenko K (2010)** Länder ohne Ärzte? *Foreign Policy*, 11 June. Verfügbar unter <https://is.gd/Sk5nVp> (Zugriff im April 2019).
- Vereinte Nationen (2017)** *World Population Prospects*. UN-Bevölkerungsabteilung, New York, NY, USA.
- Walzer M (1983)** *Sphären der Gerechtigkeit: Eine Verteidigung von Pluralismus und Gleichheit*. Basic Books, New York, NY, USA.
- Washington H, Chapron G, Kopnina H et al. (2018)** *Foregrounding ecojustice in conservation*. *Biological Conservation* 228: 367-74.
- Wilson D (2017)** Marx über Einwanderung: Arbeiter, Löhne und Rechtsstatus. *Monthly Review*, 1. Februar. Verfügbar unter <https://is.gd/4YNGRw> (abgerufen im April 2019).
- Ezeh A (2018)** Die Befähigung von Frauen steht im Mittelpunkt der Kontrolle des Bevölkerungswachstums in Afrika. *The Conversation*, 20. September. Verfügbar unter <https://is.gd/taiqY3> (Zugriff im April 2019).
- Götmark F, Cafaro P und O'Sullivan J (2018)** *Aging human populations: Gut für uns, gut für die Erde*. *Trends in Ecology and Evolution* 33: 851-62.
- Hines C (2018)** *Einwanderung und Bevölkerung: The interlinked ecological crisis that dares not speak its name*. *The Ecological Citizen* 2: 51-5.

Übersetzung Andreas Thommen

MEGACITY IN WESTAFRIKA

Andreas Thommen

Am 26.10. postete Patrik Berlinger folgende Nachricht auf der Webseite von Helvetas:

«Die Küste am Golf von Guinea befindet sich im Brennpunkt der weltweiten Urbanisierung. Im Laufe dieses Jahrhunderts wird dort ein riesengrosser Ballungsraum entstehen. Die Megalopole könnte dereinst mehrere Städte von Abidjan in der Elfenbeinküste über Accra in Ghana bis nach Lagos in Nigeria beinahe nahtlos verbinden – und bis zu einer halben Milliarde Menschen umfassen.»

Patrik Berlinger ist bei Helvetas Verantwortlicher für politische Kommunikation. Helvetas stand damals an vorderster Front, als es 2014 darum ging, die ECOPOP Initiative mit der Forderung nach konsequenter Familienplanung in der Entwicklungszusammenarbeit zu bodigen.

Vor allem in Afrika sind die Geburtenraten immer noch viel zu hoch. Zu den erwarteten Bevölkerungszahlen schreibt Berlinger in diesem Bericht über die «Megacity in Westafrika» (siehe www.helvetas.org) :

«Hatte die Stadt Lagos um 1900 noch weniger als 40'000 Einwohner*innen, könnten es 200 Jahre später schätzungsweise 88 Millionen sein. Lagos wäre dann zumal die bevölkerungsreichste Stadt der Erde.»

Lagos ist die am dichtesten bevölkerte Stadt Nigerias. Mehr als 25 Millionen Menschen leben hier teilweise direkt am Meer, an der Lagune, an den zahlreichen Wasserwegen. Lagos ist eine Wasserstadt. Schon jetzt leidet die Stadt unter dem Klimawandel. Das miserable Abwassernetz könnte Lagos eines Tages eine Katastrophe bescheren.

Wir haben daraufhin Herrn Berlinger eine Mail geschickt mit den Fragen.

- *Wieso baut man diese Städte so nahe am Meer immer noch weiter aus?*
- *Aber das Grundproblem ist ein Anderes: Sehen Sie immer noch keinen Bedarf für Familienplanung in Westafrika?*

Hier seine Antwort:

Ich war einmal in Lagos und die Herausforderungen sind mir ebenfalls bestens bekannt. Ja, ich bin da auch nicht so wahnsinnig optimistisch, um ehrlich zu sein. Umso mehr braucht es:

- Wirksamen, gemeinsamen Klimaschutz...
- Int. Unterstützung bei Mitigation und insbes. Anpassung in ärmeren Ländern/Städten...
- Entwicklungszusammenarbeit in Bereichen wie Städteplanung (z.B. SECO), nachhaltige und resiliente Slumaufwertung (z.B. DEZA)

- Entwicklungszusammenarbeit in Bereichen wie Bildung und Gesundheit (u.a. auch Aufklärung in reproduktiver Gesundheit) führt ja gerade zur «Stärkung» von Frauen, was wiederum die Familienplanung beeinflusst. Insofern bin ich bei ihnen... aber das müssen vor allem die Länder selber bewerkstelligen. Oder sollten wir ihnen sagen, wie sie ihre Familienpolitik gestalten sollten?
- Eine weitsichtige Planung der Stadtregierungen/Staaten selbst! Sie müssen auch mehr Verantwortung übernehmen!

FAMILIENPLANUNG IN NIGERIA

Die Bundesregierung von Nigeria hat sich dafür entschieden, keine staatlichen Familienplanungsprogramme durchzuführen, was auf die geringe politische Unterstützung für diese Programme und die kulturelle Vorliebe für grosse Familien sowie das hohe Mass an sozialer Instabilität zurückzuführen ist.

WARNUNG AUS ENGLAND

Im März 2017 warnte der britische Hochkommissar für Nigeria, Paul Arkwright, vor einer «demografischen Katastrophe», die sich anbahnt, vor allem weil so viele junge Menschen arbeitslos sind, keinen Zugang zu Bildung haben und um Ressourcen konkurrieren.

Also kurz zusammengefasst. Die Hoffnung auf eine baldige Senkung der Geburtenrate durch staatliche Massnahmen bleibt gering. Darum bleibt wohl nur der von Patrik Berlinger skizzierte Plan B: das DEZA könnte doch eine nachhaltige und resiliente Slumentwicklung mitgestalten.



Die Einwohner von Lagos sind mit immer schwereren jährlichen Überschwemmungen ihrer Stadt konfrontiert. Die Stadt sinkt mit einer Geschwindigkeit von bis zu 87 mm pro Jahr, während gleichzeitig der Meeresspiegel ansteigt.

ECOPOP BEVÖLKERUNGSRECHNER: WER FINANZIERT UNSERE AHV?

Roland Schmutz

Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz wächst unaufhörlich. Seit 1860 verzeichneten wir ein Bevölkerungswachstum von 2.5 auf aktuell 9 Millionen Menschen. Bis ins Jahr 2070 sagt das Bundesamt für Statistik (BFS) in seinem Referenzszenario ein weiteres Wachstum auf 11 Millionen Menschen voraus!

Wir haben auf unserer Website einen Bevölkerungsrechner erstellt, mit welchem diese Entwicklung zum besseren Verständnis visualisiert werden kann. Weil immer wieder gesagt wird, dass die Schweiz das hohe Bevölkerungswachstum braucht, um die Sozialwerke zu sichern, wenn die Babyboomer ins Rentenalter kommen, haben wir entsprechend die Bevölkerungsgruppen der Jugendlichen, der Erwerbstätigen und der Rentner abgebildet. So zeigt der Bevölkerungsrechner für jedes Jahr, wieviel Erwerbstätige auf einen Rentner/eine Rentnerin fallen. Der Bevölkerungsrechner bezieht sich nur auf Personen, welche sich im jeweiligen Jahr in der Schweiz befinden. Rentner die im Ausland leben und eine AHV erhalten, werden darin nicht erfasst.

Dies sind allerdings viele, siehe BFS-Statistik unten*.

HANDHABUNG

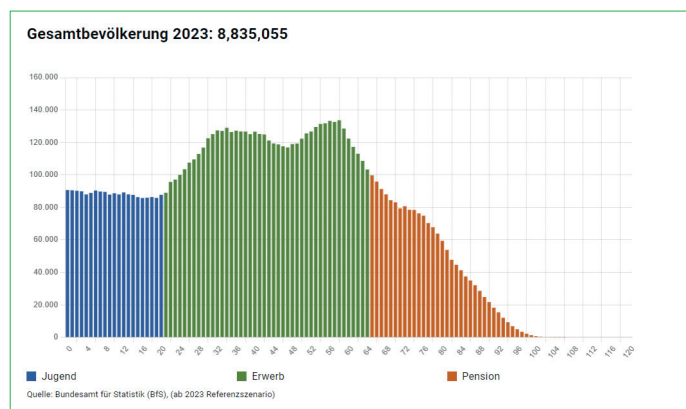
Mit dem Bevölkerungsrechner können Sie sich die Altersverteilung der Schweiz der Jahre 1860 bis 2070 aufzeigen lassen. Sie können das tun, indem Sie eine beliebige Jahreszahl in die Zelle «Jahr/Szenario» schreiben. Der Standardwert ist das Jahr 2023.

Sie können aber auch mit den zwei grauen Pfeilen die Jahrzahl ändern. Im weiteren können Sie das Pensionsalter erhöhen/reduzieren, der Standardwert ist auf 65 Jahre gesetzt. Graue und farbige Zellen sind nicht editierbar. Wenn Sie mit dem Mauszeiger über die Grafik fahren, wird Ihnen die Jahrgangsstärke angezeigt. Nun wünschen wir Ihnen viel Spass beim Modellieren mit dem Bevölkerungsrechner!

Roland Schmutz,
Präsident ECOPOP



ALTERSVERTEILUNG SCHWEIZ 1985



ALTERSVERTEILUNG SCHWEIZ 1923

Lebensphase	von	bis
Jugend	0	20
Erwerb	21	64
Pension	65	120

Jahr/Szenario	2023
Bevölkerung	8,835,055
Jugend	21.0 %
Erwerb	59.6 %
Pension	19.4 %
Erwerbstätiger/Pensionär	3.1

Jahr	1860 bis 2070
	<input type="button" value="▲"/> <input type="button" value="▼"/>

Rechenbeispiele finden Sie auch auf unseren Video auf unserem Youtube Kanal unter:

<https://www.youtube.com/watch?v=Bz1VaWiZLy-c&t=22s>.

* BFS AHV-Statistik 2022

2022 bezogen 2 764 000 Personen eine Rente der AHV, wovon über 90% (2 505 000) eine Altersrente bezogen. Rund 35% (956 000) aller Renten flossen an Personen, die im Ausland leben.

Von den Altersrenten flossen rund 66%, von den Witwerrenten rund 65% und von den Witwenrenten 26% an Schweizer Staatsangehörige.

Eidgenössische Wahlen 2023

SVP IM HOCH, MINDER ABGEWÄHLT

Die National und Ständeratswahlen diesen Herbst haben doch einige Überraschungen gebracht. Am meisten zu Reden gaben die massiven Verluste der Grünen. Wohl nicht ganz überraschend, der Zugeinn der SVP.

Viele Kommentatoren waren sich einig, die Grünen haben viele Sitze verloren, weil der Klimawandel nicht mehr zuoberst im Sorgenbarometer der Schweizer Bevölkerung steht. Das kann sein, doch ich denke es gab auch noch andere Gründe für die Verluste der Grünen, welche aber in der Presse kaum erwähnt wurden.

Wir sollten bedenken, dass wir in der vergangenen Legislatur die ganze Coronakrise hatten. Dort haben sich die Grünen überraschenderweise voll hinter Impfstrategie des Bundesrates gestellt.

Möglich, dass dies einige der Ur-Grünen Impfkritiker dies nicht verstanden haben und sich darum von der Partei abgewendet haben. Möglich ist aber auch, dass die bedingungslose Unterstützung des Krieges in der Ukraine durch die deutschen Grünen einige Stammwähler vor den Kopf gestoßen hat. Überzeugte Pazifisten gehörten schon immer zur DNA der Grünen Partei.

Auf der anderen Seite hat die SVP einige Sitze zurückgewonnen und fast wieder ihre alte Stärke erreicht. Wir vermuten, dass dazu massgeblich die vor den Wahlen lancierte Initiative gegen eine Zehnmillionen Schweiz sowie die wiederholten Warnungen der SVP vor dem Asylwesen verholten haben.

Die Kampagne der SVP war auf alle Fälle vor allem auf die Missstände im Asylwesen ausgerichtet. Kaum etwas zu lesen war im «Extrablatt der SVP» von der Personenfreizügigkeit! Zudem kamen kurz vor den Wahlen Kämpfe zwischen eritreischen Asylantengruppen in die Presse. Dies war natürlich Wasser auf die Mühlen der SVP.

MINDER ÜBERRASCHEND ABGEWÄHLT

Für ECOPOP war insbesondere die Abwahl des Schaffhauser Ständerats Thomas Minder ein herber Rückschlag. Obwohl Minder in Bern auch der SVP Fraktion angehörte, war er doch in Sachen Umweltschutz und Ökologie herausragend. Thomas Minder ist Mitglied bei uns und hat sich seit Jahren in Bern und während der ECOPOP-Initiative für unsere Anliegen eingesetzt. Mit ihm verlieren wir ein wichtiges Sprachrohr in Bern.

WER SETZT SICH GEGEN DIE BEVÖLKERUNGSZUNAHME EIN?

Wir haben in den Jahren 2022 und 2023 bei allen Parteien angeklopft, ob sie unser Anliegen für eine Limitierung der Bevölkerungszahl politisch unterstützen würden. Als einzige Partei hat die SVP signalisiert, dass sie dieses Anliegen unterstützt. Kurz darauf wurde von einer Gruppe um SVP-Nationalrat Thomas Matter die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10 Millionen Schweiz» lanciert. Die SVP bleibt darum die einzige der Bundesratsparteien, welche noch einen Funken Hoffnung zulässt, dass die Einwohnerzahl der Schweiz nicht ins Unendliche wächst. Im Gegensatz dazu hat uns die Aussage von SP-Bundesrätin Baume-Schneider im November brüskiert, als sie meinte, «sie hätte kein Problem auch mit einer 12 Millionen Schweiz».

Nun gilt es abzuwarten, bis die Nachhaltigkeitinitiative eingereicht wird und auf welches Datum der Bundesrat den Abstimmungstermin festlegt. Spannend dazu werden sicher auch die Debatten in den eidgenössischen Räten. Es ist aber leider damit zu rechnen, dass bis dahin mindestens noch 2 bis 3 Jahre vergehen. Gut möglich, dass die Schweiz dann schon bedenklich nahe an diesen 10 Millionen Einwohnern ist.

Wir bleiben dran!

*Andreas Thommen
Geschäftsführer ECOPOP*

WAHLEMPFEHLUNGEN VON ECOPOP

Nicht ganz verstanden wurden von einigen Leserinnen und Lesern unsere Wahlempfehlungen, welche wir vorgängig zu den Eidgenössischen Wahlen im Oktober 23 in diesem Heft publiziert hatten. In unseren Empfehlungen hatte es auch viele Kandidaten von Parteien, welche man nicht unbedingt erwartet hätte. Das hängt aber massgeblich damit zusammen, dass wir als sinequa-non-Frage die Frage bestimmt hatten «würden Sie die Personenfreizügigkeit mit der EU kündigen?».

Auch viele SVP-Kandidaten haben diese Frage mit Nein beantwortet. Darum wurden diese nicht aufgeführt. Andere Kandidatinnen auch von kleineren und exotischen Parteien kamen daher bei uns in die Ränge.

Wir haben aber in diesen Wahlempfehlungen mehrmals auf diese Unzulänglichkeiten des Smart Vote-tools hingewiesen und auch darauf, dass sie unbedingt selber das Tool bedienen müssen um zu brauchbaren Resultaten zu kommen. Wir bitten daher um Verständnis, dass das von uns generierte Kandidatenfeld nicht bei allen Leserinnen und Lesern gut ankam.

European Alliance for a Sustainable Population

SPANNENDE VORTRÄGE IN PARIS

Am Samstag, 25. Nov. 2023 trafen sich in Paris die Mitglieder der European Alliance for a Sustainable Population (eurASP), der vor 2 Jahren von ECOPOP gegründeten Dachorganisation der europäischen Bevölkerungsorganisationen.

Zum jährlichen Treffen der eurASP-Mitglieder lud unsere französische Partnerorganisation Démographie Responsable (DR) nach Paris ein. Mitten im Zentrum durften wir uns in einer modernen Tagungsstätte treffen.

Am Vormittag dieses Samstags wurden die statuarischen Geschäfte der eurASP behandelt.

Jede Organisation zahlt jährlich einen eher symbolischen Mitgliederbeitrag von 50 Euro.

Noch zehrt die Dachorganisation von einer grossen privaten Spende aus der Schweiz und vom Gründungsbeitrag von ECOPOP anlässlich ihres 50-Jahr Jubiläums.

Der Vorstand von eurASP wird im Jahr 2024 durch folgende Mitglieder gebildet: Lucia Tamburino, Population Matters Sweden, Schweden, Martin ROTT, Démographie Responsable, Frankreich, Fons Jena, Minder Menschen- Duurzame Demografie, Belgien, Carlo van der Heijden, Stichting Overbevolking, Niederlande, Gyula Simonyi, BOCS -Foundation, Ungarn, Andreas Thommen, ECOPOP, Schweiz. Das Präsidium der eurASP bleibt auch im Jahr 2024 beim Belgier Fons Jena.

Die statuarischen Geschäfte waren schnell erledigt. Spannend wurde es am Nachmittag.

SPANNENDE VORTRÄGE UND ENGAGIERTE DEBATTEN

Für den Nachmittag hatte unsere Partnerorganisation Démographie Responsable (DR) eine spannende, öffentliche Tagung mit Vorträgen und Diskussionen organisiert.

Moderiert wurde der Nachmittag von Didier Barthès, Pressesprecher von DR.

Als erstes gab es spannende Einblicke in die neusten Erkenntnisse der Klimaforschung und zum Einfluss einer wachsenden Menschenzahl auf den Klimawandel. Es referierte dazu der französische Klimaforscher Marc Gillet. Die folgende Diskussion zeigte bereits, dass die Franzosen ihrem Ruf, einer debattenfreudigen Nation noch immer gerecht werden. Angeheizt wurde die weitere Diskussion durch den jungen Antoine Bueno, Essayist. Ein faszinierender Redner, welcher alle in den Bann zog.

Danach gab der Demograph, Afrikakenner und Buchautor Michel Garenne einen Überblick über die demografische Situation auf dem afrikanischen Kontinent.

Und zum Schluss befeuerte der eloquente Redner Antoine Waechter, Politiker, ehemaliger Präsidentschaftskandidat, Mitgründer der Grünen Partei Frankreichs und heute Präsident des mouvement écologiste indépendant die Diskussionen auf's Neue.

Für uns war es sehr erfrischend zu sehen, wie engagiert die Bevölkerungsfrage in der europäischen Union diskutiert wird. ECOPOP steuerte eine eigens gemachte Video- Aufzeichnung eines Interviews mit Dr. Mathis Wackernagel, Mitgründer des Global Footprint Networks, versehen mit französischen Untertiteln, bei.

INSPIRIERENDES NETZWERK

Für ECOPOP sind diese Kontakte zu engagierten Persönlichkeiten und Wissenschaftlern aus ganz Europa wichtig, nur schon wegen der Feststellung: wir sind nicht allein in Europa mit unserem Anliegen. Auch wenn die politischen Ausgangslagen, die Bevölkerungsdichten und Umweltprobleme in allen europäischen Ländern doch sehr verschieden sind, so eint uns das gemeinsame Anliegen: Weniger (Menschen) ist mehr! Zudem wird, z.B. angesichts der Asylmigration, schnell klar, dass die Schweiz ihre Probleme nur zusammen mit der EU lösen kann. Leider fristet das Thema Bevölkerung und Nachhaltigkeit auch in der europäischen Union ein Mauerblümchendasein. Es wartet also noch viel Arbeit auf eurASP!

Die Vorträge und auch die Präsentationen der eurASP – Mitglieder können sie alle auf Youtube nachhören, beziehungsweise sehen. Link auf die Youtube-Videos:

<https://www.demographie-responsible.fr/20231125-conference>

Andreas Thommen, Geschäftsführer ECOPOP



Die beiden Vorstandsmitglieder Martin Rott und Carlo van der Heijden informieren in Paris über die Ziele von eurASP.